

# PROTOKOLL

über die 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Niddatal am 05.09.2013 im Bürgerhaus Assenheim

---

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:00 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: ( Tagesordnung: siehe Blatt 2 + 3 )  
( 24 / 25 Mitglieder )

Ursula Einhoff  
Gerhard Einhoff  
Petra Kremer  
Oliver Herbert  
Silke Merz  
Hans-Joachim Mücke  
Florian Porth  
Stephanie Rotter  
Reinhard Schwarz  
Hans-Peter Wittmann  
Wernfried Fürtig  
Stefan Koschorr  
Rolf Lamade  
Christian Osmalz  
Andreas Momberger  
Achim Saßmannshausen  
Dr. Dirk Schneider  
Lutz Sierach  
Elke Steppan  
Christoph Preiser  
Markus Nikleniewicz  
Dennis Brechtel  
Dieter Eisenberg  
Roland Gosebruch  
Barbara Feige

- ab TOP 18

es fehlten: Michael Hahn - entschuldigt  
Torsten Hahn - entschuldigt  
Erland Kalbhenn - entschuldigt  
Heinz Kimmel - entschuldigt  
Oliver Seuss - entschuldigt  
Matthias Feige - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel  
Kurt Meisinger  
Arno Menk  
Herbert Porth  
Erhard Reiter

es fehlten: Renate Fritz-Mann - entschuldigt  
Kai Rauscher - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

## TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen
- (2) Betreuungsschule Mäusezahn
  - a) Anfrage der CDU-Fraktion - Klage gegen den Wetteraukreis (Vorlage-Nr. 02/2013)
  - b) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen  
Beschluss zur Überlassung (Vorlage-Nr. 03/2013)
  - c) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen  
Neubau für Mäusezahn (Vorlage-Nr. 35/2013)
  - d) Beschluss eines Pachtvertrages  
zur Anmietung von Räumlichkeiten (Vorlage-Nr. 46/2013)
  - e) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit Mäusezahn (Vorlage-Nr. 47/2013)
- (3) Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes 2013  
und Folgejahre (Vorlage-Nr. 43/2013)
- (4) Baugebiet Bönstadt
  - a) Beschluss über die Fortführung
  - b) ggf. Beschluss über die Zusammenarbeit mit  
einem Entwicklungsträger (Vorlage-Nr. 48/2013)
- (5) Nachwahl eines / einer Schöffen / Schöffin (Vorlage-Nr. 44/2013)
- (6) Neues Gewerbegebiet Ilbenstadt  
Festsetzung des Verkaufspreises (Vorlage-Nr. 49/2013)
- (7) Bebauungsplan A 3 „Westliche Randgebiete“ Niddatal,  
Stadtteil Assenheim - 8. Änderung
  - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB  
und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB einge-  
gangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
  - b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 36/2013)
- (8) Bebauungsplan A 7 „Am Amalienschloß“ Niddatal,  
Stadtteil Assenheim - 1. Änderung
  - a) Beratung der während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2)  
BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB  
Eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
  - b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 37/2013)
- (9) Bebauungsplan I 9 „Am Schinderweg“ Niddatal,  
Stadtteil Ilbenstadt - 1. Erweiterung
  - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB  
und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen  
Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
  - b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 38/2013)
- (10) Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik  
Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 50/2013  
+ Bericht aus Aussch.)
- (11) Sanierung Bürgerhaus Ilbenstadt (Vorlage-Nr. 51/2013  
+ Bericht aus Aussch.)

- |      |  |  |
|------|--|--|
| (12) | Sanierung Trauerhalle Assenheim  | (Vorlage-Nr. 52/2013<br>+ Bericht aus Aussch.) |
| (13) | Verkauf eines Lagergebäudes  | (Vorlage-Nr. 45/2013)                          |
| (14) | Antrag der CDU-Fraktion - OVAG Infrastrukturgesellschaft   | (Vorlage-Nr. 39/2013)                          |
| (15) | Antrag der CDU-Fraktion - Gewerbegebiet I 11 Ilbenstadt<br>Ansiedlung einer Tankstelle                 | (Vorlage-Nr. 40/2013)                          |
| (16) | Antrag der CDU-Fraktion - Verbindung Am Krautgarten /<br>Burg-Gräfenröder Straße, Stadtteil Ilbenstadt | (Vorlage-Nr. 41/2013)                          |
| (17) | Antrag des Stadtverordneten Dr. Dirk Schneider<br>Sanierung des Friedhofeingangs Kaichen               | (Vorlage-Nr. 42/2013)                          |
| (18) | Anfrage der CDU-Fraktion - Offene Jugendarbeit   | (Vorlage-Nr. 04/2013)                          |
| (19) | Anfrage der CDU-Fraktion - Energetische Sanierung  | (Vorlage-Nr. 05/2013)                          |
| (20) | Anfrage der CDU-Fraktion - Zwangsgeldfestsetzung   | (Vorlage-Nr. 06/2013)                          |
| (21) | Anfrage der CDU-Fraktion - Neubau der Sporthalle   | (Vorlage-Nr. 07/2013)                          |
| (22) | Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen - Altpapiersammlung   | (Vorlage-Nr. 08/2013)                          |
- 

## **Eröffnung und Begrüßung**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 24. Sitzung am 03.07.2013 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

## **Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung**

Bürgermeister Dr. Hertel beantragt, den **TOP 10** „Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik“ **vorzuziehen**. Er begründet dies mit der umfangreichen Tagesordnung und befürchtet, dass wir heute vielleicht nicht mehr zu der notwendigen Beschlussfassung kommen könnten. Da uns aber eine Zustimmungsfrist bis zum 09.09.2013 gegeben wurde, sei die erforderliche Beschlussfassung jetzt vordringlich zu behandeln.

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob sich hierzu Widerspruch erhebt und lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass TOP 10 vor TOP 2 zur Diskussion gestellt wird.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

Markus Nikleniewicz hat aus gegebenem Anlass folgenden **Eilantrag** für die heutige Sitzung eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Resolution:  
Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal verurteilt jegliche Art der Wahlwerbung mit ehrenrühigem oder diskriminierendem Inhalt.

### **Begründung:**

Besonders durch Plakate der Partei NPD werden einzelne Gruppen oder Personen diffamiert. Dies kann so nicht hingenommen werden. Aus diesem Grunde sollten alle Plakate mit volksverhetzendem Inhalt bzw. Diffamierungen von Gruppen und Personen unterbunden werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass dieser Eilantrag als Zusatzpunkt in die heutige Tagesordnung aufgenommen wird.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig**

## **Nachruf**

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit:

### **Am 27. Juli 2013 verstarb Manfred Pfuhl**

Er war drei Legislaturperioden lang, von April 1981 bis Ende März 1993, Mitglied dieses Parlaments. Außerdem war Manfred Pfuhl ab April 1985 für zwei Legislaturperioden Mitglied und Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur. Viele die ihn gekannt haben wissen um sein großes Engagement, nicht nur für seine Stadt, sondern auch für den örtlichen Tennisverein. Er hat sich immer sehr eingebracht für die Belange seiner Mitbürger.

Danach bittet der Stadtverordnetenvorsteher die Anwesenden zu einer Ehrenbezeugenden Schweigeminute.

## **(1) Mitteilungen**

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

### **Eröffnungsbilanz 2009 der Stadt Niddatal**

Die Zahlen werden aller Voraussicht nach Mitte September zusammengestellt sein, so dass nach internen Plausibilitätsprüfungen der Entwurf der Eröffnungsbilanz Ende September dem Revisionsamt zur Prüfung vorgelegt werden kann.

### **Bestellung eines Wahlleiters für die Bürgermeisterwahl in 2014**

Da ich bekanntlich selbst als Bewerber zur Bürgermeisterwahl kandidiere, kann ich die Funktion eines Wahlleiters nicht ausüben. Wahlleiter für die Bürgermeisterwahl am 14.01.2014 ist Herr Volker Herrmann und stellvertretender Wahlleiter ist Herr Thomas Herdt.

### **Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Auenverbund Wetterau“**

#### **Geplante Novellierung der Verordnung**

Das Regierungspräsidium Darmstadt plant eine Novellierung der Verordnung zum LSG „Auenverbund Wetterau“. In diesem Zusammenhang sollen Flächen, die sich seit dem Inkrafttreten der VO 1989 im Sinne des Auen- und Artenschutzes positiv entwickelt haben, in den Geltungsbereich der LSG-Verordnung mit aufgenommen werden. Die Untere Naturschutzbehörde des Wetteraukreises hat mitgeteilt, hierzu folgende Flächen vorzuschlagen:

In der Gemarkung Bönstadt:

Flur 4, Flurstück 59/1 = 24.455 qm - Feuchtwiese mit Storchennest

In der Gemarkung Ilbenstadt:

Flur 6, Flurstück 101/9 = 29.963 qm und Flurstück 122/18 = 17.396 qm

Grünland und renaturierte Nidda, Projekt Niederwiesen

Gemarkung Ilbenstadt:

Flur 7, Teilbereich des Flurstücks 4/3 = ca. 3.100 qm

zu Grünland umgewandelter ehemaliger Spargelacker, Projekt Niederwiesen.

Die genannten Flächen sind Eigentum der Stadt Niddatal und grenzen unmittelbar an das bestehende LSG an. Aus Sicht der Stadt Niddatal ist die Aufnahme in das LSG „Auenverbund Wetterau“ zu befürworten. In der Karte sind die Flächen rot gekennzeichnet. - Die Karte kann auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

### **NPD Plakatierung in Niddatal**

Bezugnehmend auf die Mail von Herrn Nikleniewicz vom 04.09.2013 bezüglich der „diskriminierenden“ NPD Plakatierung im Stadtgebiet teile ich Ihnen folgende Vorgehensweise seitens des Magistrates mit:

Wie Sie der Wetterauer Zeitung vom 05.09.2013 entnehmen können, hat die Stadt Friedberg den Staatsschutz informiert. Sollte von diesem festgestellt werden, dass von den Plakaten verfassungsfeindliches Gedankengut ausgeht, wird auch die Stadt Niddatal Anzeige erstatten und die Plakate sofort abhängen lassen.

### **Druckerhöhungsanlage in Niddatal Kaichen**

Am 03.09.2013 wurde die neue Druckerhöhungsanlage in der Freigerichtstraße in Kaichen in Betrieb genommen.

Kaichen teilt sich ab jetzt in zwei Druckzonen, die eine ausreichende Versorgung, vor allem auch mit Löschwasser im gesamten Stadtteil stets gewährleisten.

-----

Florian Porth erinnert den Bürgermeister an die in der letzten StVV (03.07.2013) erwähnte Stellungnahme von Herrn Wolf (IMB-Plan) im Zusammenhang mit der Begehung Fuß- und Radweg entlang der Nieder-Wöllstädter-Straße und fragt, ob diese Stellungnahme jetzt in schriftlicher Form vorliegt?

Der Bürgermeister: Diese schriftliche Stellungnahme liegt noch nicht vor; aber mündlich wurde schon mitgeteilt, dass man sich dem Vorgehen einer Änderung der Beschilderung anschließen könnte.

#### **Eilantrag von Markus Nikleniewicz - NPD Plakatierung**

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Eilantrag (Text siehe Seite 4) seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig**

#### **TOP 10 Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik Beschlussfassung**

Auf Wunsch des Bürgermeisters wurde dieser Punkt vorgezogen (siehe auch Seite 4)

Florian Porth berichtet: In der letzten BauA-Sitzung gemeinsam mit dem HuF wurde die LED-Technik von der OVAG vorgestellt. Nach umfangreicher Diskussion wurde abgestimmt: Für den Vertrag mit 20-jähriger Laufzeit haben 15 Mitglieder mit Ja gestimmt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Umstellung auf LED-Technik seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

#### **(2) BETREUUNGSSCHULE MÄUSEZAHN**

Bürgermeister Dr. Hertel gibt folgende Erläuterungen zu den Fragestellungen:

##### **a) Anfrage der CDU-Fraktion - Klage gegen den Wetteraukreis**

1) *Ist eine diesbezügliche Klage gegen den Wetteraukreis schon eingereicht worden?*

Antwort: Nein

2) *Wenn nein, wie sind die Arbeiten denn nun gediehen ?*

Antwort:

Nach einem Vorgespräch mit der zuständigen Juristin einer Anwaltskanzlei werden wir die entsprechenden Unterlagen zusammenstellen und der Kanzlei zustellen. Nach Sichtung der Unterlagen durch die Juristin ist ein weiterer Gesprächstermin auf Dienstag, 01.10.2013 terminiert, um die weiteren Schritte zu besprechen.

**b) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen - Beschluss zur Überlassung**

1) *Welches Gremium der Stadt hat wann die kostenfreie Überlassung der städtischen Räume an die Schule und damit an den Kreis beschlossen ?*

Antwort:

Die Angelegenheit wurde 2002 in den Gremien behandelt. Ein separater Beschluss liegt nicht vor.

2) *Welches Gremium des Kreises hat wann den Umzug des Betreuungsangebotes beschlossen ?*

Antwort:

Ein separater Beschluss des Kreises liegt nicht vor.

3) *Zuständig für die Grundsatzfragen des Schulbetreibers im Mäusezahn ist die Schulkonferenz der GSS. Wann hat diese den Umzug beschlossen ?*

Antwort:

Es wurde kein Beschluss gefasst.

4) *Gibt es Schriftwechsel der Stadt, der Schule und des Kreises zur Frage des Umzuges ?*

Antwort:

Außer eines Briefes der Betreuungsschule an die Stadt, in dem die Bedürfnisse damals geschildert wurden, gibt es keinen weiteren Schriftwechsel.

Dieter Eisenberg fügt noch an, dass wir dem Kreis gewissermaßen aus unserem Vermögen Teile überlassen haben, ohne vorherige Beschlüsse und dafür auch keine Gegenleistung erhielten.

Der Bürgermeister erwidert: Dies könne man zwar so interpretieren, aber das waren seinerzeit keine eigenmächtige Entscheidungen des Magistrats gewesen; dem voraus ging immer eine entsprechende Diskussion in den zuständigen Gremien. Es gab damals auch keinen Widerspruch, als man der Betreuungsschule diese Räumlichkeiten angeboten hatte, da aus hygienischen Gründen die Pavillons nicht mehr genutzt werden konnten.

**c) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen - Neubau für Mäusezahn**

Dieter Eisenberg macht mit seinem ausführlichen Kommentar nochmals deutlich, dass das Thema Ganztagsbetreuung von Schulkindern für unsere Stadt immer dringlicher wird. Er und seine Fraktion favorisieren nach wie vor, eine Einrichtung dafür auf dem Schulgelände der GSS zu schaffen. Man solle auch dabei berücksichtigen, dass hierfür

einige Räumlichkeiten schon vorhanden sind, die nicht mehr zusätzlich gebaut werden müssen. Aus diesen Überlegungen heraus lehne man das vorliegende Konzept außerhalb des Schulgeländes mit einer 10-jährigen Vertragsbindung ab.

Der Bürgermeister entgegnet, dass man die Standortfrage der Betreuungsschule schon an den Wetteraukreis weitergeleitet habe. Man hat uns seinerzeit mitgeteilt: „..... dass nach Prüfung aktuell keine Flächen-Nutzungsmöglichkeiten im Bereich der Bestandsgebäude bestehen. Weiter wird darauf verwiesen, dass man sicherlich noch einmal darüber nachdenken kann, wenn die Halle gebaut ist. Vorher sehe man keine andere Möglichkeit.“

Bezüglich der Kostenübernahme hat man uns mitgeteilt: „Wir sollten in unsere Überlegungen einbeziehen und man weist vorsorglich darauf hin, dass der Schulträger keine anteiligen Investitionskosten übernehmen wird.“

Diese Aussage muss als klare Anweisung gesehen werden, also der Wetteraukreis wird entgegen unserer Annahme eine 50 %ige Kostenübernahme nicht mittragen. - Weiter teilt der Bürgermeister noch Informationen in diesem Zusammenhang mit.

Markus Nikleniewicz bezieht sich mit seiner Frage auf eine kürzliche Aussage: „..... Der Pachtvertrag für das Werner-Anwesen mit der Stadt Niddatal erfolgt unter dem Vorbehalt, dass sich der Wetteraukreis an den Mietkosten anteilig beteiligt.“ Wie weit sind diese Verhandlungen gediehen und wie steht dies zu der schriftlichen Mitteilung, der Kreis würde sich nicht an den Kosten beteiligen ?

Der Bürgermeister erklärt, dass wir genau aus diesem Grund eine Klage anstreben, damit anfallende Kosten (Betriebs- oder Mietkosten) vom Kreis getragen bzw. teilweise übernommen werden. Herr Betschel-Pflügel hatte bei seiner letzten Anwesenheit hier ausgeführt, dass der Kreis nicht bereit ist, sich an solchen Kosten zu beteiligen.

Markus Nikleniewicz hat nach dieser Stellungnahme des Bürgermeisters eine grobe Kostenschätzung präsentiert, die mit 280. - 300.000 Euro (ohne Sanitäreinrichtungen) als machbare Größenordnung für einen Neubau angesehen wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen „Neubau für Mäusezahn“ seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 13 Ja- 8 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen = damit so beschlossen**

#### **d) Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten**

Achim Saßmannshausen sieht noch offene Fragen: Was machen wir bis 2018 mit den Kindern? Zu wem schicken wir sie und wo werden sie betreut?

Der Bürgermeister fügt zu dem vorherigen Beschluss seine „persönliche Meinung“ noch an: „Die aus diesem Beschluss entstehenden Konsequenzen hat man außer Acht gelassen. Er sehe sich bzw. die Stadt und auch das Parlament in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, für die Kinder entsprechende Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.“



Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 8 Ja- 13 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen = somit abgelehnt**

**e) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit Mäusezahn e.V.**

Dieter Eisenberg hat noch einmal die seiner Auslegung nach rechtliche Position der schulischen Einrichtung Mäusezahn dargelegt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass nach dem vorherigen Abstimmungsergebnis eine weitere Abstimmung zu e) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit Mäusezahn e.V. sich erübrigt.

**(3) Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 und Folgejahre**

Dr. Dirk Schneider sagt zu Beginn seiner Ausführungen, dass er gegen das Konsolidierungsprogramm stimmen werde. Er beanstandet diverse Einsparansätze sowie Konsolidierungsmaßnahmen und meint, dass es dafür wohl „intelligenter“ Möglichkeiten gibt. Man würde auf einem einfachen Level stehenbleiben, wenn Lösungen z.B. mit Kita-Gebühren rauf, Grundsteuer rauf usw. gesucht werden.

Achim Saßmannshausen bezieht sich auf Sitzungen des HuF, wo man zu diesem Thema unterschiedliche Überlegungen angestellt habe. Er erwähnt dabei das besondere Engagement von Matthias Feige. Alle Fraktionsmitglieder haben nach vorheriger interner Abstimmung letztendlich größtenteils den konstruktiven Vorschlägen zugestimmt. Seine Fraktion ist mit dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept zwar nicht in allen Punkten einig, wird aber dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Gerhard Einhoff hat der positiven Darstellung von Achim Saßmannshausen widersprochen und darauf verwiesen, dass auch Anträge und Vorschläge in den erwähnten Sitzungen abgelehnt wurden. In der HuF-Sitzung habe der Bürgermeister mit einer Excel-Datei gezeigt, wo gespart werden könnte. Weiter fragt Gerhard Einhoff, was ist bei dem Konsolidierungspapier herausgekommen? Er sehe noch keinen Ansatz, wo wir Geld nicht ausgeben, was wir nicht haben!

Markus Nikleniewicz hat ebenso reklamiert, dass noch nicht erkennbar sei, wo gravierend konsolidiert wurde. Den „massiven“ Gebührenerhöhungen, wie z.B. für Kindergarten, kann seine Fraktion nicht zustimmen, d.h. auch nicht dem heutigen Beschlussvorschlag.

Gerhard Einhoff bittet um Sitzungsunterbrechung, dem auch stattgegeben wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt danach abstimmen, wer dem Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 und Folgejahre seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 7 Ja- 6 Nein-Stimmen 11 Enthaltungen = somit so beschlossen**

- (4) **Baugebiet Bönstadt**  
a) **Beschluss über die Fortführung**  
b) **ggf. Beschluss über die Zusammenarbeit mit einem Entwicklungsträger**

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass **TOP 4 abgesetzt** wird, da noch Unklarheiten bestehen (unterschiedliche Preisvorstellungen).

- (5) **Nachwahl eines / einer Schöffen / Schöffin**

Da hierzu keine Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer der Nachbenennung von Frau Petra Kremer seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig**

- (6) **Neues Gewerbegebiet Ilbenstadt - Festsetzung des Verkaufspreises**

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass auch hier noch Unklarheiten bestehen, da bautechnische Probleme aufgetreten sind und der Verkaufspreis daher neu kalkuliert werden muss. **TOP 6 wird abgesetzt.**

- (7) **Bebauungsplan A 3 „Westliche Randgebiete“ Niddatal  
Stadtteil Assenheim - 8. Änderung**  
a) **Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu**  
b) **Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass über diesen Bebauungsplan in der letzten BauA-Sitzung beraten und abgestimmt wurde mit 6 Ja- und 1 Nein-Stimme.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Bebauungsplan wie beschrieben seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 20 Ja- Stimmen 4 Enthaltungen = so beschlossen**

- (8) **Bebauungsplan A 7 „Am Amalienschloß“ Niddatal  
Stadtteil Assenheim - 1. Änderung**  
a) **Beratung der während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu**  
b) **Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass in der BauA-Sitzung am 02.09.2013 über diesen Bebauungsplan beraten und anschließend abgestimmt wurde mit 7 Ja-Stimmen = somit einstimmiges Ergebnis.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem TOP a) und b) seine Zustimmung geben möchte..

**Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme = so beschlossen**

### **(11) Sanierung Bürgerhaus Ilbenstadt**

Florian Porth berichtet: Dieser Punkt wurde in einer gemeinsamen Sitzung BauA und HuF behandelt. Für das Contracting mit TK Solar wurde eine Beschlussempfehlung gegeben und mit 9 Ja-Stimmen einer Gegen-Stimme und 6 Enthaltungen abgestimmt.

Gerhard Einhoff erinnert den Bürgermeister an seine bereits gestellte Frage: Wann wurde die Bürgerhaus-Sanierung beschlossen ?

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Sanierung vor vielen Jahren beschlossen und auch die Mittel hierfür eingestellt wurden. Dieser StVV-Beschluss wurde bis jetzt nicht aufgehoben. Wir haben uns in mehreren Ausschuss-Sitzungen darüber unterhalten. Dies kann man auch in den entsprechenden Protokollen nachlesen. Im Juni 2012 haben wir nochmals in einer gemeinsamen Sitzung HuF mit BauA das Thema zur Sprache gebracht und beraten, ob die Sanierung durchgeführt werden soll.

Gerhard Einhoff hat ergänzt, dass laut Protokoll der StVV am 26.06.2012 nach eingehenden Diskussionsbeiträgen aus den einzelnen Fraktionen der Antrag auf Rücküberweisung in den HuF gestellt wurde, da noch Klärungsbedarf bestand. Dem Antrag wurde mit 26 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt. ---

Er führte zum Thema „Investitionsstau“ noch andere Beispiele an, wo beschlossene Projekte nicht zu Ende gebracht wurden, obwohl die Mittel dafür schon eingestellt sind. Tatsache ist, dass für das Sanierungsprojekt die offenen Punkte noch nicht behandelt wurden und daher vom HuF keine abschließende Empfehlung gegeben werden kann.

Christian Osmalz hat darauf hingewiesen, dass in der 21. Sitzung des BauA der Sanierung Bürgerhaus Ilbenstadt mit 5 Ja- 3 Gegen-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt wurde.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen von Florian Porth und Dr. Dirk Schneider, wo es hauptsächlich um die Frage ging, ob denn grundsätzlich saniert werden soll und welche Überlegungen dafür angestellt werden sollen, hat sich der Bürgermeister noch einmal zu Wort gemeldet:

Er verweist auf Frau Wagner, die eine neue, aktuelle Kostenschätzung erstellen soll. Auch über die künftige Nutzung des Bürgerhauses müsse man noch einmal nachdenken und er sagt, dass man sich schon mit einigen Denkmodellen befasst hätte. In der nächsten BauA- und HuF-Sitzung werde er eine konkrete Vorlage präsentieren sowie dann auch für die Kinder-Betreuung festlegen, wo es lang gehen soll.

Gerhard Einhoff bezieht sich noch einmal auf die Kosten-Nutzen-Analyse, die in der StVV am 26.06.2012 gefordert wurde. Liegen diese Zahlen vor (uns nicht !) und was sagen sie aus ? Es besteht noch Diskussionsbedarf, meint er abschließend.

Der Bürgermeister erläutert hierzu: Die alte Kostenschätzung von Frau Wagner datiert aus Ende letzten Jahres und muss natürlich noch fortgeschrieben werden. Hinzukommt die Variante Heizung. Der Kostenrahmen für diese Sanierung liegt schon fest und wird kontinuierlich aktualisiert. ---

Was die spätere Nutzung des Bürgerhauses angeht, liegt hierfür noch keine endgültige Entscheidung vor. Dafür sind - wie bereits gesagt - weitere Gespräche notwendig.

Gerhard Einhof hat seine vorherige Wortmeldung noch ergänzt, dass aufgrund fehlender Zahlen heute auch keine Abstimmung erfolgen könne.

Markus Nikleniewicz stellt daher den Antrag, TOP 11 in den HuF und BauA zu überweisen, um dann gemeinsam mit dem Magistrat ein Konzept für das Bürgerhaus Ilbenstadt zu erarbeiten.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag auf Überweisung in den HuF und BauA seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 17 Ja- 7 Nein-Stimmen = somit so beschlossen**

#### **(12) Sanierung Trauerhalle Assenheim**

Der Bürgermeister **zieht diesen TOP** zurück, da noch keine entsprechenden Zahlen für den Kostenaufwand vorliegen.

#### **(13) Verkauf eines Lagergebäudes**

Markus Nikleniewicz hat zu diesem TOP Fragen an den Bürgermeister:  
Werden die Kosten der Bauabladungen (Änderung des B-Planes) und die Herausparzellierung des Grundstücks von dem Erwerber übernommen?  
Antwort zu beiden Fragen: Ja.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

#### **(14) Antrag der CDU-Fraktion - OVAG Infrastrukturgesellschaft**

Gerhard Einhoff empfiehlt, dass wir für eine schnellere Internetverbindung der OVAG unser Interesse an dem Ausbau mit Glasfaserleitungen bekunden sollen und dass wir dem vorliegenden Antrag zustimmen möchten.

Der Bürgermeister ergänzt noch, dass der Magistrat hierfür schon tätig geworden ist und weist darauf hin, dass in der Wetterauer Zeitung kürzlich ein Artikel erschien, der über die Breitband-Versorgung und interkommunale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet berichtet. Niddatal hat schon von Anfang an Interesse daran bekundet und wird auch an informativen Zusammenkünften auf kommunaler Ebene teilnehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem obigen Antrag seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig**

#### **(15) Antrag der CDU-Fraktion Gewerbegebiet I 11 in Ilbenstadt - Ansiedlung einer Tankstelle**

Gerhard Einhoff erläutert den vorliegenden Antrag und die Notwendigkeit, für das neue Gewerbegebiet auch eine Tankstelle anzusiedeln.

Der Bürgermeister informiert, dass der Magistrat dieses Thema bereits aufgegriffen und schon konkrete Kontakte hat. Es gibt ein Angebot mit Planungen für eine Tankstelle mit Waschstraße. Er hat hierzu noch weitere Einzelheiten mitgeteilt (Schreiben vom 27.08.2013).

Achim Saßmannshausen hat sich positiv zu dem Antrag der CDU-Fraktion geäußert und angekündigt, dass man zustimmen werde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 20 Ja- 2 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = somit so beschlossen**

**(16) Antrag der CDU-Fraktion  
Verbindungsweg „Am Krautgarten / Burg-Gräfenröder Straße“ Stadtteil Ilbenstadt**

Florian Porth hat dargelegt, warum der Magistrat das oben genannte Grundstück erwerben soll, da das Baugebiet an Größe zugenommen hat und der BauA es als sinnvoll erachtet, den Verbindungsweg wieder herzustellen.

Gerhard Einhoff hat noch einmal erklärt, dass wir für die Finanzierung dieser Maßnahme das Geld von der HLG (das wir für das Baugebiet erhalten) einsetzen können.

Hans-Joachim Mücke möchte wissen, wer diesen Weg damals verkauft hat und ist dieser Weg auch einbezogen worden?

Der Bürgermeister sagt, dass diese Abwicklung lange vor seiner Zeit war.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen**

**(17) Antrag des Stadtverordneten Dr. Dirk Schneider  
Sanierung des Friedhofeingangs Kaichen**

Dr. Dirk Schneider erläutert seinen Antrag und hat unterbreitet, wie die Finanzierung dafür bereitgestellt werden könnte. Er macht deutlich, dass das Erscheinungsbild im Eingangsbereich sehr desolat ist und Mitglieder des DEK und andere Bürger in Eigeninitiative viele Arbeiten schon geleistet und mit Spenden unterstützt haben.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich der Magistrat mit dieser Angelegenheit befasst hat und begrüßt die Initiative des Dorferneuerungsvereins (DEK). Im Rahmen der „klammen“ Haushalte sei dies eine vorbildliche Aktion und er empfiehlt, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 24 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

**P a u s e : 21:35 - 21:45 Uhr**

**(18) Anfrage der CDU-Fraktion - Offene Jugendarbeit**

Der Bürgermeister gibt zu den nachstehenden Fragestellungen von TOP 18 bis TOP 22 die gewünschten Antworten:

- 1) *Sind dem Magistrat die Gründe für die späte Abrechnung für das Jahr 2012 bekannt? Wenn ja, welche?*

Antwort:

Die Abrechnung wurde am 13.03.2013 erstellt und ging uns am 28.03.2013 zu. Dies ist nach meiner Auffassung ein zu vertretender Zeitrahmen. Aufgrund dessen, dass wir mit der Abrechnung in der ausgewiesenen Höhe nicht einverstanden waren, haben wir die Zahlung zurückgehalten. Die Forderung wurde aber seitens der ev. Regionalverwaltung über einen langen Zeitraum aufrechterhalten, so dass sich unsere Gremien sicherheitshalber mit der Nachfinanzierung befassten.

- 2) *Was sind die inhaltlichen Gründe für die hohe Nachforderung? Sind sie durch den Vertrag abgedeckt?*

Antwort:

Die inhaltlichen Gründe für die Nachforderung sind erstens durch die Tarifierhöhung und die daraus folgende Erhöhung der Sachkostenpauschale erklärt und zweitens durch offene Forderungen aus 2011, die mit den Zahlungen aus 2012 verrechnet wurden - so wie dies über lange Jahre Praxis war.

- 3) *Sieht der Magistrat eine Möglichkeit zur Kontrolle (z.B. Deckelung des städtischen Anteils)?*

Antwort:

Die Kontrolle ist möglich. Über eine Deckelung des städtischen Anteils muss verhandelt werden.

Ungeachtet dessen, sind die Steigerungen plausibel. Wir haben folgende Zahlungen geleistet - in Euro - jeweils gerundet:

2009 = 56.000    2010 = 57.000    2011 = 58.000    2012 = 59.000    2013 = 60.000

Gerhard Einhoff möchte wissen, warum wurden diese Beträge nicht im Haushalt eingestellt? Bekommen wir im HuF diese Zahlen noch vorgelegt?

Antwort:

Das habe er gerade erklärt. Wir haben einen neuen Vertrag abgeschlossen und erwarten, dass die Kosten zumindest konstant oder sogar etwas niedriger sein werden.

**(19) Anfrage der CDU-Fraktion - Energetische Sanierung**

- 1) *Was wird der Magistrat unternehmen, damit auch Niddatal in den Genuss dieser Gelder kommt? Die Maßnahmen in Kaichen und Assenheim wären dafür geeignet.*

Antwort:

Dem Magistrat ist das Förderprogramm bekannt. Ebenso kennt es die mit den Projekten betraute Architektin.

Die Richtlinien greifen selbstverständlich bei der Maßnahme „Sanierung Bürgerhaus Ilbenstadt“. Bei der Sanierung und Erweiterung der Kita in Kaichen ist keine energetische Sanierung vorgesehen, so dass sehr wahrscheinlich auch keine Förderung erfolgen wird (geprüft wird dies aber auf alle Fälle). Gegen eine Förderung bei der Sanierung der Trauerhalle Assenheim spricht nach ersten Gesprächen die Tatsache, dass das Gebäude nur „zeitweise“ genutzt wird.

2) *Hat der Magistrat bereits Schritte unternommen ?*  
Siehe Antwort zur Frage 1.

3) *Wenn Nein, warum nicht ?*  
Antwort erübrigt sich.

## **(20) Anfrage der CDU-Fraktion - Zwangsgeldfestsetzung**

Florian Porth trägt diese Anfrage vor:

In der vergangenen Sitzung der StVV (am 03.07.2013) wurde mitgeteilt, dass vom Finanzamt wegen fehlender Abschlüsse der Stadtwerke ein Zwangsgeld der Stadt Niddatal auferlegt und ggf. weitere Sanktionen folgen werden.

1) *Was wird der Magistrat unternehmen, damit nicht weitere Sanktionen drohen ?*  
Antwort:

Das Wirtschaftsberatungsunternehmen RG-Treuhand, das bereits für die Erstellung der Eröffnungsbilanz tätig ist, hat für die Unterstützung der Abschlussarbeiten der Stadtwerke ein Angebot abgegeben. Dieses soll in der Betriebskommission der Stadtwerke demnächst beraten werden.

2) *In welchem zeitlichen Rahmen soll das Problem gelöst werden ?*  
Antwort:

Wir rechnen damit, dass der Abschluss 2008 der Stadtwerke bis zum Jahresende erstellt ist.

3) *Hat das Problem Auswirkungen auf die Abschlüsse der Stadt ?*  
Antwort:

Absicht ist, die Eröffnungsbilanz der Stadt Mitte / Ende September 2013 dem Revisionsamt zur Prüfung vorzulegen. Darin enthalten sind Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Stadt und Stadtwerke noch als vorläufige Zahlen. Ist bis zum Jahresende der Abschluss der Stadtwerke erstellt, so werden die vorläufigen Werte in der Eröffnungsbilanz ggf. entsprechend korrigiert.

Wir wissen, dass nach Vorlage der Eröffnungsbilanz es ca. 4 bis 6 Monate dauert, bis gebucht werden kann. In der Zwischenzeit können dann noch entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

Auf weitere Fragen zum terminierten Zeitrahmen sagt der Bürgermeister:

Nach Auskunft der Stadtwerke ist man im Gespräch mit dem Finanzamt; wenn wir diesen Zeitrahmen einhalten, wird kein weiteres Zwangsgeld mehr erhoben.

Das Angebot der RG-Treuhand beinhaltet die noch zu erstellenden Abschlüsse. Der Zeitrahmen dafür sieht vor, dass wir spätestens 2015 durch sind und dann auch keine Zwangsgelder mehr auferlegt bekommen.

## **(21) Anfrage der CDU-Fraktion - Neubau der Sporthalle**

1) *Was ist aus dem unnötigen Zeitdruck geworden ?*  
Antwort:

Da der Kreis davon ausging, dass wir uns an dem Bau einer Zweifelhalle beteiligen und dann das Ergebnis unseres Bürgerentscheides abgewartet hat, hat sich diese Maßnahme nach hinten verschoben und der Wetteraukreis hat einen neuen Bauzeitplan erstellt.

2) *Wie weit sind die Bauvorbereitungen ?*

Antwort:

Der Bauantrag ist gestellt, ein Bauzeitplan liegt vor.

3) *Inwiefern wurde die Stadt Niddatal über den Zeitplan informiert ?*

Antwort: Siehe hierzu Antwort zu Frage 2.

Auf Nachfrage von Oliver Herbert ergänzt der Bürgermeister:

Der Bauantrag wurde am 30.08.2013 eingereicht; mit der Fertigstellung wird mit August / September 2014 gerechnet.

**(22) Anfrage der Fraktion B'90 / Die Grünen - Altpapiersammlung**

1) *Wie hoch sind unsere jährlichen Kosten für die Einsammlung ?*

Antwort:

In 2011 = 26.723 Euro und 2012 = 25.864 Euro

2) *Wie hoch sind unsere jährlichen Kosten für die Gefäßmiete ?*

Antwort:

Miete 2011 = 395 Euro

Miete 2012 = 933 Euro

Kosten für den Tonnenänderungsdienst: 2011 = 833 Euro

2012 = 316 Euro

3) *Wie hoch sind voraussichtlich die jährlichen Erlöse aus der Kostenerstattung des Kreises ?*

Antwort: In 2011 = 3.015 Euro 2012 = 2.918 Euro

Dieter Eisenberg ergänzt noch, dass die zu erwartenden Kosten in 2013 auch angefragt wurden.

Antwort: Wir bekommen im Moment rd. 3 Euro pro Tonne (mit Fragezeichen).

Der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt erfreut fest, dass trotz des umfangreichen Programms sogar noch der letzte Tagesordnungspunkt erledigt werden konnte. Die Sitzung wurde um 22:00 Uhr für beendet erklärt.

Er bedankt sich wieder für die rege und engagierte Mitarbeit und wünscht den Damen und Herren einen guten Nachhauseweg.

Wittmann  
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel  
Schriftführerin